

# Kurz und Bündig

Informationen aus der Kreistagsfraktion

Jahrgang 8

Ausgabe 2

Juli 2024



## Das Quartal im Überblick

Eingebettet in Osterferien und Sommerferien ist das 2. Quartal regelhaft ein Arbeitsquartal. So in diesem Jahr. Neben der Ausschussarbeit hat die Fraktion sich weiter intensiv mit dem Thema Wasserstoff als Energieträger auseinandergesetzt. Zusätzlich zur Arbeit im Kreistag sind die Fraktionsmitglieder in ihren Ortsverbänden in den Europawahlkampf eingebunden und es beginnen die ersten Vorbereitungen für die Kommunalwahl 2025 in enger Abstimmung mit dem Kreisvorstand.

### APRIL

**Sorgenkind Inklusionsbeirat:** In dem Gremium treten erhebliche Spannungen zwischen einzelnen Mitgliedern hervor. Dabei geht es um die Ausrichtung und den notwendigen Umfang der Sacharbeit. Außerdem gibt es keine funktionierende Geschäftsordnung. Schließlich muss der Fachdezernent vermittelnd eingeschaltet werden. Die FDP Fraktion hat angekündigt, die Besuche im Beirat zu unterbrechen, solange die internen Schwierigkeiten nicht ausgeräumt sind. Nach unserer Auffassung ist bei der Problemlösung die Anwesenheit von Politik allenfalls hinderlich.

### MAI

Anfang des Monats wird seitens der Kreis Sparkasse umfänglich zu den Fusionsplänen informiert. Dabei wird deutlich, dass die Hauptfaktoren für eine solche Fusion die Verbesserung der eigenen Marktposition und die Verbesserung der internen Arbeitsorganisation und der Mitarbeitergewinnung sind. Eine Verschlechterung der Kundenversorgung in der Fläche ist nicht zu befürchten. Ende des Monats findet im Kloster Gravenhorst der jährliche Marktzauber statt. Neben der CDU -Fraktion stellt traditionell die FDP eine Einlasskontrolle. 5 Fraktionsmitglieder

in 2 Schichten sind damit beschäftigt, Eintrittskarten zu verkaufen. An dem sonnigen Sonntag besuchen mehrere Tausend Besucher den Markt. Für die Fraktion ergibt sich neben vielfältigen Kontakten immer die Möglichkeit zu testen, ob die Eintrittspreise nicht "marktgerechter" gestaltet werden können. Immerhin zahlen Besucher bei vergleichbaren Veranstaltungen in der Region deutlich mehr. Während der Marktzauber in Gravenhorst mit 4,- Euro Eintritt mehr als moderat ist (Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren zahlen überhaupt keinen Eintritt), nimmt man in Schloss Velen oder auf der Burg Hülshoff inzwischen bis zu 15,— Euro p.P.

### JUNI

Im Juni finde die diversen Ausschusssitzungen zur Vorbereitung der Kreistagsitzung vom 1. Juli statt. Über die thematischen Inhalte berichten wir als Fraktion im Innenteil.

Ab dem 2. Juli sind alle in den verdienten Sommerferien. Für uns als Fraktion beginnt zeitgleich die Sommertour 2024. Über unsere Treffen und die Ergebnisse berichten wir in der nächsten Ausgabe.

### Inhaltsverzeichnis:

Fachkommission IT	... 2
Kreispartnerschaften	... 2
Sparkassenfusion	... 2
Jugendhilfe	... 2
Bauen-Verkehr-Wirtschaft	... 2
Personal und Gleichstellung	... 3
Klima - Energie - Naturschutz	... 3
Schule - Kultur - Sport	... 3
Landwirtschaft und Forsten	... 4
Gesundheit -	
Bevölkerungsschutz	... 4
Arbeit - Soziales - Integration	... 4

# Freie Demokraten

FDP-Fraktion im  
Steinfurter Kreistag **FDP**

### Impressum:

Dies ist eine Information  
der Fraktion der FDP  
im Kreistag von Steinfurt.

### Vorsitzender:

Hans-Jürgen Streich  
Waldfrieden 8A  
49479 Ibbenbüren

### Verantwortlich:

Dr. E. Grütznert  
Poststraße 16  
48429 Rheine

E-Mail: dr.gruetznert-online.de



## Sparkassenfusion

Anfang Mai wurden die Mitglieder der Kreistagsfraktion der FDP sowie Interessierte Mandats- und Funktionsträger aus den Kommunen in einer umfangreichen und sehr offen geführten Veranstaltung über den aktuellen Stand der Fusionsgespräche zwischen der Kreissparkasse und der Sparkasse Westmünsterland informiert. Die Repräsentanten der Kreissparkasse legten dabei dar, dass die Ausschlag gebenden Vorteile eine bessere Personalsituation in entscheidenden Fachbereichen sind, eine bessere Position im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter, eine bessere Position im Wettbewerb um Auszubildende und

eine gestärkte Position für die besten Kundenkonditionen. Dies gilt z.B. im Wettbewerb mit den Raiffeisen- und Volksbanken, die inzwischen größere Einheiten gebildet hätten. Damit sei in mittelfristiger Zukunft eine Sicherung der Eigenständigkeit gegeben unabhängig von anderen Gegebenheiten im Umfeld. Besonders sei man damit vom Oberzentrum Münster losgelöst.

Den Befürchtungen, die Präsenz und die Kundenorientierung in der Fläche zu reduzieren, traten beide Referenten entschieden entgegen. Die Präsenz in der Fläche sei ein Markenkern, an dem nicht gerührt werde.

## FACHKOMMISSIONEN

### IT und Digitales

Die Fachkommission hat in ihrer Sitzung grünes Licht für den Beitritt zu einer weiteren Beschaffungsgenossenschaft gegeben. Zusätzlich wurde die Beschaffung neuer Hardware für das Ausländeramt zur weiteren Fortschreibung der Digitalisierung befürwortet. Themen waren die Neuordnung und Neuaufstellung der kommunalen IT-Landschaft in NRW und die Strategie des Kreises zur Einbindung von KI in die Arbeit des Kreises.

### Kreispartnerschaften:

Am Europatag hat der Landrat die Ukraine besucht und Vertreter der Partnerschaftsregion Tscherkassy getroffen. Dabei wurde ihm der höchste Orden der Region stellvertretend für den Kreis Steinfurt verliehen.

Zusammen mit einer mehrköpfigen Delegation hat der Kreis die Partnergemeinde in Telsiai in Litauen besucht. Der Besuch diente der Intensivierung der zuletzt etwas abgekühlten Beziehungen. Unter anderem begleitete die Delegation unser Fraktionschef Hans-Jürgen Streich.

## Ausschüsse aktuell

### Jugendhilfe

Im Jugendhilfeausschuss war das Zentralthema die Organisation des "Offenen Ganztags". Gut ein Jahr vor dem vom Land NRW verordneten Start der Neuorganisation mit der erheblichen Ausweitung der Rechtsansprüche fehlen noch die Regelungen zur Organisationshoheit. Derzeit ist noch nicht klar, ob das Land regelt, der LWL oder die Organisation durch die Gebietskörperschaften vorgenommen werden müssen. Der personelle Mehrbedarf ist absehbar.

Einen personellen Mehrbedarf hatte das Organisationsgutachten im Bereich des Jugendamtes ergeben. Jetzt hat die Verwaltung erste Umsetzungsplanungen vorgelegt. Beschlossen wurde eine moderate Stellenausweitung in besonders angespannten Bereichen, ausnahmsweise unterjährig (s. Bericht PuGA).

Ein neues Modell soll die Versorgung von Kindern mit Kindertagespflege ergänzen, wenn die Tagespflege erkrankt ist oder aus anderem Grund ausfällt. Neben den bisherigen Vertretungen ist die Einrichtung eines Stützpunktmodells geplant, das ortsbezogen zum Einsatz kommen soll und als Backup bei Personalausfall dient.

Der Haushalt des Jugendamtes weist aktuell einen Mehrbedarf von 500.000 Euro aus.

### Bauen - Verkehr - Wirtschaft

Kein Geld für die Westumgehungen in Emsdetten vom Land NRW - diese Nachricht brachte Schlagzeilen. Relevant ist sie aber nicht, denn die Planungen waren noch nicht so weit fortgeschritten, dass ein Baubeginn angestanden hätte. Weder der Planfeststellungsbeschluss noch die Beteiligungsverfahren sind derzeit anhängig. Also Entwarnung: "Eingeweihte Kreise" rechnen mit einem Vorlauf von weiteren mindestens 10 Jahren, eher länger.

Der ÖPNV leidet ebenfalls am Fachkräftemangel. Dies stellt der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe vor erhebliche Probleme. Folge: Die ÖPNV Pläne

werden ausgedünnt, die ausgedünnten Pläne dann aber hoffentlich eingehalten.

Im Kreisgebäude II sitzt wegen eines undichten Daches der Schwamm. Folge: Das Veterinäramt musste komplett ausziehen und ist jetzt im kleinen Sitzungssaal im Gebäude C und in angrenzenden Büroräumen untergebracht. Als Ersatz wurde als günstigste Lösung der Abriss des ver-seuchten Gebäudes beschlossen und die Aufstockung des Südflügels.

Im parlamentarischen Trakt ist ebenfalls das Dach undicht und muss repariert werden. Zusätzlich gibt es eine Dachbe-grünung.

## Personal und Gleichstellung

Wellen schlägt noch immer der Organisationsbericht der Firma INSO zum Jugendamt. 13 neue Stellen sollen geschaffen werden. Union und SPD stehen hinter dem Konzept. die FDP-Fraktion wird sich dem nicht widersetzen, da dies auf dem Boden gesetzlicher Vorschriften erforderlich ist. Der Ausschuss hat beschlossen, die Stellen für 2025 vorzusehen; sofern eine unterjährige Besetzung möglich ist, kann diese ebenfalls vorgenommen werden.

Die Gleichstellungsbeauftragte berichtet über Defizite in den führenden Stellen der Verwaltung Insgesamt sei der Anteil weiblicher Beschäftigter im Kreis inzwischen

62,1%, aber im technischen Bereich (47,8% [Ziel 50%]) und in der Verwaltungsleistung ( 29,2% [Ziel 35%]) hinter den selbst gesteckten Zielen zurück geblieben. Die Quote der Teilzeitbeschäftigten ist auf 40% gestiegen, wobei hier der Anteil von Frauen 56% beträgt. Im Sozial und Erziehungsdienst (79%) und im medizinischen Dienst (83%) stellen die Frauen hingegen den weit überwiegenden Teil der Mitarbeitenden.

Über die Anzahl und Position von Mitarbeitenden nonbinärer Ausrichtung werden keine Angaben gemacht.



## Umwelt, Klima, Naturschutz und Energie

Vier Schwerpunkte dominierten die Sitzung: Fragen der Bürgerwind-Zertifizierung und Musterverträgen mit den Kommunen; die Trassenverläufen der Amprion für die Leitungsprojekte zur Energiewende im Kreis Steinfurt; Informationen aus dem Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit zum Stand des Projektes "Klimaneutrale Kreisverwaltung", Quartiers und Solarmanagement, zur Klimafonds-Direktförderung u.v.m. Abschließender Schwerpunkt waren Wärmewende und Klimafolgenanpassung.

Im Ergebnis treffen sich im Septembebr des Jahres in einee gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Energie, für Wirtschaft und für Landwirtschaft mit den Vertretern der Firma Amprion. Die anstehenden Regelungen und Notwendigkeiten werden beraten. Dazu gehört eine Diskussion über die Frage, warum so viele Leitungstrassen erforderlich sind und ob nicht eine Zusammenlegung verschiedener Trassen zur Schonung der Bodenflächen möglich ist.

Beschlossen wurde ein Konzept zum Energiemanagement der Kreisverwaltung, das mittelfristig in ein Stromkreislaufbilanzmodell umgewandelt werden soll. Ziel ist es, ortsunabhängig alle in den Gebäuden der Kreisverwaltung zu einem festen Zeitraum erzeugten erneuerbaren Energiemengen aufzusummieren und gegen die im gleichen Zeitraum verbrten Energiemengen gegenzurechnen. Dafür ist es erforderlich, noch einige Vorbereitungen zu treffen. Die Kreistagsfraktion unterstützt dieses Vorhaben nachdrücklich.

Neben den vielfältigen Informationen im Ausschuss waren Beschlüsse zu fassen: So wurde die Erneuerung der Absturzsicherung an den drei Aussichtsplattformen im Ibbenbürener Canyon beschlossen, außerdem eine Änderung des Landschaftsplanes im Gebiet der "Grevener Sande", Konfliktpunkt war hauptsächlich, dass es sich um ein Flora-Fauna-Habitat geschütztes Gebiet handelt, das unter dem Label "Greven Beach" eine bekannte und beliebte Event-Location darstellt. Unter anderem findet hier das beliebte "Greven an der Ems" statt. Insofern waren Anpassungen und Verschärfungen der Anforderungen an die Veranstaltungen zum Schutz des Gebietes erforderlich.

## Kultur - Schule - Sport - Tourismus

"Schule macht Beruf" ist ein Projekt, mit dem Schulschwänzen bekämpft werden sollte. Lokale Schwerpunkte der Maßnahmen waren Lengerich und Steinfurt. Der Ausschuss hat jetzt mehrheitlich beschlossen, das Projekt im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nicht weiter finanziell zu fördern, weil Schulangelegenheiten grundsätzlich Länderangelegenheit sind. Die Entscheidung hat zu einem Protestbrief Steinfurter Schulleiter geführt.

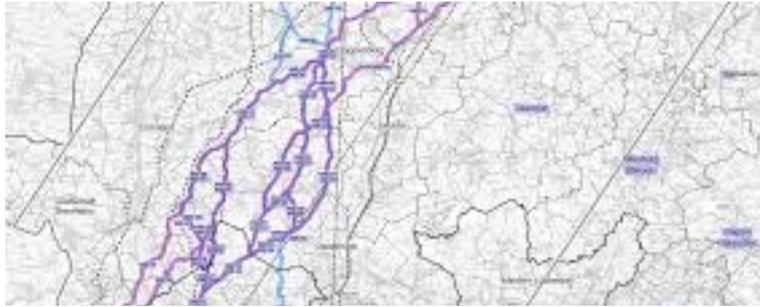
Das Kloster Gravenhorst bietet jährlich Jugendkulturtage an. Hier liegt der Antrag vor, die Dozenten besser zu honorieren. Damit das Budget eingehalten wird, sollen die Kurse nur noch für die Jahrgänge der 1. bis 4. Schulklassen bezuschusst werden. Die Kurse für die Jahrgänge der 5. bis 8. sollen nicht mehr gefördert werden, hier war die Nachfrage zu gering.

An den berufsbildenden Schulen soll es einen neuen Bildungsgang für Mediengestalter geben mit dem Schwerpunkt "Sprache und Literatur". Der Bildungsgang soll 3 Jahre dauern und die Fachhochschulreife zum Ziel haben.

Der Zuschuss für die überbetriebliche Ausbildungswerkstatt der Kreishandwerkerschaft steht zur Verlängerung an. Die Genehmigung von erneut 40.000,—Euro jedes Jahr für einen Zeitraum von 5 Jahren gilt als unstrittig.

Das Modersohn-Museum in Tecklenburg ist in seinem Bestand gefährdet. Der Kreisausschuss berät über Hilfsmöglichkeiten. Der Kreis Steinfurt besteht in diesem Jahr 50 Jahre. Grund genug, diese Zeitspanne im Kreisjahrbuch noch einmal zu beleuchten. Auflage: 2500 Expl.





## Landwirtschaft und Forsten

Der Ausschuss hat erneut nicht getagt. In Anbetracht der Wichtigkeit des Themenfeldes ist dies aus Sicht der FDP - Fraktion ein nicht hinzunehmender Zustand.

Themenfelder wie Agri-PV oder andere Modelle werden auf Kreisebene nicht angemessen beraten, die Themenfelder Windkraft oder in diesem Rahmen die anstehenden Re-Powering Maßnahmen finden im Fachausschuss

nicht statt. Dabei ist im Rahmen der Landwirtsproteste deutlich geworden, wie empfindlich das Gleichgewicht zwischen politischer Beratung und den Auswirkungen für die Land- und Forstwirtschaftsbetriebe im Kreis auf Störungen reagiert.

Die Fraktion wird daher erneut den Kontakt zum Verband suchen um über Notwendigkeiten und Abhilfemöglichkeiten zu beraten.



## Gesundheit und Bevölkerungsschutz

Vier Hauptthemen haben den Fachausschuss in dieser Sitzungsrunde beschäftigt. Die Planungen für das Katastrophenschutzlager liegen aktuell auf Eis. Das OVG Münster hat in einem Urteil Anfang März weite Teile des LEP für rechtsfehlerhaft erklärt und ausgesetzt. Betroffen sind von dieser Vollbremsung etliche Sonderplanungen im Land, das Lager des Kreises. Inzwischen konnten aber der Kreis Steinfurt und die Bezirksregierung im Vorgriff auf zukünftige Regelungen eine Einigung erzielen, die eine Fortführung der Planungen unter Beachtung des OVG-Urteils aber ohne zeitlichen Verzug in unveränderter Form ermöglichen.

Vorplanungen für den neuen Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises zeigen, dass sich ein Mehrbedarf für Kranken- und Rettungsfahrzeuge ergibt, um die gesetzlichen Vorgaben einhalten zu können. Die Fahrzeuge müssen dann mit Personal bestückt werden, also hier ein deutlicher Mehrbedarf.

Vorplanungen gibt es für den Krankenhausbedarfsplan des Landes NRW und seine Auswirkungen auf den Kreis. Während die Grundversorgung mit Innerer Medizin, Chirurgie, Geriatrie und Notfallversorgung gesichert sind, muss der Kreis in der Spezialversorgung Kapazitäten reduzieren. Ist der Kreis im Vergleich zu anderen Regionen des Landes weniger betroffen. Über endgültige Regelungen wird die Kreisverwaltung mit Krankenkassen und Bezirksregierung hart verhandeln.

## Arbeit - Soziales - Integration

Ein weiteres Frauenhaus für den Kreis Steinfurt ist in der Planung. Diese Planungen sind abhängig von der Förderung durch das Land NRW, die derzeit aufgrund der finanziellen Situation im Land auf Eis liegt. Der Kreis wurde beauftragt, ein Interessenbekundungsverfahren einzuleiten. Unstrittig ist zwischen den Fraktionen, dass ein zweites Frauenhaus erforderlich ist. Diskussionen gibt es zur Zeit aber noch über die Fragen der Konzeptionen eines geheimen (Anschrift des Frauenhauses ist nicht bekannt) oder eines offenen Konzeptes (Anschrift ist bekannt). Die Kreistagsfraktion tendiert zum "offenen Konzept", weil dies für die ebenfalls im Frauenhaus befindlichen Kinder Vorteile in den sozialen Kontakten mit sich bringt. Weiterer Diskussionsgegenstand ist

das Hochrisikomanagement in der Gewalt gegen Partner. Kontroverse Positionen gibt es in der Frage, ob der Umgang mit diesem Problemfeld bei der Polizei oder beim Kreis angesiedelt werden soll. Aufgrund der hoheitlichen Möglichkeiten der Polizei ist die Auffassung der FDP, dies bei der Polizei anzusiedeln. Der Leitfaden der Diskussion ist für alle Fraktionen einheitlich das sogenannte "Osnabrücker Modell". Hier ist die Ansiedlung bei der Polizei erfolgt. Die Diskussion dauert an.

Der Inklusionsbeirat des Kreises Steinfurt erhält eine neue Geschäftsordnung. Nach internen Querelen war dies notwendig geworden, um eine reibungslosere und konfliktärmere Arbeit als bisher zu gewährleisten. Seine bis zu 24 Mitglieder werden zukünftig vom Kreistag berufen und

nicht mehr von den Kommunen entsandt. Der Beirat soll Landrat und Kreispolitik in allen Fragen beraten, die die Inklusion von Menschen mit Handicaps betreffen. Dies sind speziell bauliche, aber soziale Maßnahmen sowie die personelle Berücksichtigung. Insofern ist ein Ausschussvertreter als sachkundiger Einwohner in den Sitzungen betroffener Ausschüsse beteiligt.

Die Übersicht über die Haushaltsentwicklung zeigt als Tendenz eine unzureichende Deckung. Der Ansatz des Haushaltes wird nach derzeitiger Lage um ca. 5,5 Mio Euro überschritten. Grund sind eine umfangreichere Zuwanderung aus der Ukraine als angenommen und bei der Zunahme der Kosten in den Hilfen zum Leben und Hilfen bei Behinderungen eine geänderte bundesgesetzliche Grundlage.